

12.10.2020

## Offener Brief

der „Tierärzte für verantwortbare Landwirtschaft e. V.“

**Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmann,**

die jüngst aufgedeckten Tierschutzskandale haben gezeigt, dass es auch in einem grün regierten Bundesland nicht besser um den Schutz landwirtschaftlich genutzter Tiere steht, als im Rest der Republik.

Als bundesweit organisierter Verein von Tierärzten setzt sich der Verein „Tierärzte für verantwortbare Landwirtschaft e.V.“ seit Jahren dafür ein, dass verantwortliche Politiker in Bund und Ländern Rahmenbedingungen herstellen, die von staatlicher Seite zur Durchsetzung des Tierschutzrechts erforderlich sind.

Denn dass nicht Veterinärämter, sondern Tierschutzorganisationen und investigative Journalisten die Missstände aufdecken, dass ein Medienbericht nach dem anderen die Öffentlichkeit über die Zustände in deutschen Ställen und Schlachthöfen aufklärt, ist unzweifelhaft Folge verfehlter Tierschutz- und Agrarpolitik.

Laut Artikel 49 der baden-württembergischen Landesverfassung bestimmen Sie, Herr Ministerpräsident, die Richtlinien der Politik und tragen für sie die Verantwortung (<https://stm.baden-wuerttemberg.de/de/ministerium/ministerpraesident/stellung-und-aufgaben/>).

Mit Blick auf die Aufgabe der Durchsetzung eines angemessenen, der Staatszielbestimmung in Artikel 20a des Grundgesetzes genügenden Tierschutzes in der baden-württembergischen Nutztierhaltung fordern wir Sie daher auf, von Ihrer Richtlinienkompetenz Gebrauch zu machen und in Ihrer Verantwortung dafür Sorge zu tragen, dass

- baden-württembergische Amtstierärzte und amtliche Tierärzte der ihnen aufgrund der Hilflosigkeit der Tiere von Rechts wegen zukommender Rolle als Beschützergaranten uneingeschränkt, ungehindert und in jedem Einzelfall nachkommen (können).
- tierquälerische Einzeltaten wie in Rottweil oder Gärtringen, wo eindeutig gegen die Normen (Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung und Tierschutz-Schlachtverordnung) sowie gegen das Tierschutzgesetz verstoßen wurde, vollständig aufzuklären und Wiederholungen zu verhindern.

Wir fordern deshalb von der Landesregierung Baden-Württemberg nachdrücklich:

- die Veterinärämter unverzüglich personell so aufzustocken, dass alle tierhaltenden landwirtschaftlichen Betriebe in zweijährigen Abständen kontrolliert werden (können),

- den Amtstierärzten und amtlichen Tierärzten Juristen für Tierschutzrecht zur Seite zu stellen,
- den Veterinärämtern maximale politische Unabhängigkeit zu garantieren. Es darf nicht länger sein, dass Veterinärämter Teil einer Behördenstruktur (Landkreise) sind, die wirtschaftliche Interessen verfolgt und eng mit den Interessen derer verbunden ist, die sie kontrollieren soll.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,  
wir bitten Sie ebenso höflich wie dringlich, uns mitzuteilen, in welcher Form Sie die dargelegten Probleme, die eng mit den aktuell bekanntgewordenen eklatanten Verstößen gegen geltendes Tierschutzrecht verknüpft sind, zu beseitigen gedenken.

Wir bitten Sie darüber hinaus, alle nötigen Schritte zur vollständigen Klärung der Rolle von Minister Hauk bei der möglichen Verstrickung in tierquälerische Handlungen zu ergreifen. Es ist in jeder Hinsicht inakzeptabel, wenn der begründete Verdacht, dass ein Minister die Verhinderung der Verfolgung von Straftaten im Tierschutzrecht betrieben hat, nicht mit Nachdruck durch die Landesregierung aufgeklärt wird.

Bitte teilen Sie uns zeitnah mit, wie Sie in dieser Angelegenheit verfahren werden.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Ines Advena  
Pressesprecherin

**P.S: Wir erlauben uns, dieses Schreiben als Offenen Brief zu verbreiten.**